

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neu- Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
kosten die einspaltige Kolonelle
oder deren Raum 20 Pfg.
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis
monatlich 90 Pfg., mit Bringer-
lohn 95 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 85.

Donnerstag, den 24. Juli 1919.

27. Jahrgang

Beratungen über die rheinische Republik.

mz. Düsseldorf, 22. Juli. Wie bereits mit-
geteilt wurde, begannen heute Vormittag im Sitzungssaal
des Ständehauses unter dem Vorsitz des preussischen Minister-
präsidenten Hirsch die Besprechungen über die Frage einer
rheinischen oder rheinisch-westfälischen Republik. Nach den
Düsseldorfer Nachrichten wies Hirsch in seiner Eröffnungs-
ansprache darauf hin, daß die rheinische Frage eine der
wichtigsten, ja vielleicht die bedeutsamste Frage Preußens
und Deutschlands darstelle. Der Ministerpräsident erklärte,
daß die Staatsregierung nach wie vor Begner eines solchen
Abtrennungsplanes sei und nicht nur im preussischen, sondern
auch im deutschen Interesse auf diesem Standpunkt stehe.
Generalsekretär Dr. Bäumer-Düsseldorf regte in der Ge-
schäftsordnungsansprache an, zunächst den Besürwortern
der Frage das Wort zu erteilen. Oberbürgermeister Aden-
auer-Köln betonte, daß die Frage vielfach falsch beurteilt
werde. An Unternehmungen, wie sie von Dorten und Ge-
neffen in Wiesbaden durchgeführt worden seien, denke man
nicht verkommen, daß die Lage des Rheinlandes un-
gemein schwierig sei, was außerhalb der Rheinprovinz nicht
bedacht werde. Es sei notwendig, das deutsche Einheits-
und Zugehörigkeitsgefühl zu stärken. An den Verhandlungen
nahmen ungefähr hundertfünfzig Herren teil, darunter der
Kommandant des siebenten Armee-Korps, Freiherr v. Watter,
der Oberpräsident der Rheinprovinz und andere.

Eine Zwangsanleihe?

Der „Köln. Ztg.“ zufolge wird in den Kreisen der
Landesverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme
einer Zwangsanleihe erwogen. Es soll ein Betrag von 200
Millionen Mark in Frage kommen. Ueber die Höhe der
Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht
von einer Verzinsung von 2 v. H. Die Beträge, die von
der Zwangsanleihe von der Bevölkerung zu übernehmen sind,
sollen je nach der Vermögenslage des einzelnen abgestuft
werden. Ränge der Gebalte zur Verwirklichung, so würde
die große Vermögensabgabe zunächst verschoben werden.
Ihre Erhebung würde dann später stattfinden, und sie könnte
durch Hingabe von Zwangsanleihe durch die Steuerpflichtigen
erleichtert werden. Ob man diese Pläne weiter verfolgen
wird, steht vorläufig noch dahin.

Verkehrserleichterungen.

mz. Frankfurt a. M. Das Zivilkommissariat 4
teilt über die bevorstehenden Verkehrserleichterungen
zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet mit:
In Frage kommen Verkehrserleichterungen, die schon in
wenigen Tagen in Kraft treten werden und andere
endgültige, die sich nach der Ratifikation des Friedens-
vertrages ergeben. Am 17. Juli fand im Gouvernements-
gebäude in Köln unter dem Vorsitz des Geh. Legations-
rats v. Edhardt vom Auswärtigen Amt und des Ober-
bürgermeisters Wilms, Vorsitzender der Waffenstillstands-
kommission in Düsseldorf, eine Besprechung sämtlicher
interessierter Behörden aus dem besetzten Gebiet und der
neutralen Zone statt. Am 20. Juli kamen in Kaisers-
lautern die Vertreter der verschiedenen zuständigen
Behörden zusammen, um sich unter Berücksichtigung
eines schriftlich vorliegenden Vorschlags der
deutschen Regierung über die Verkehrsfragen schlüssig
zu machen. Die endgültige Entscheidung über die vor-
stehenden Verkehrserleichterungen soll auf einer zweiten
Zusammenkunft der Franzosen am 24. Juli in Kaisers-
lautern fallen. Außerdem findet am 8. August in Wies-
baden eine Konferenz von Vertretern der Besatzungs-
mächte statt, wahrscheinlich unter Hinzuziehung von
deutschen Vertretern, in der die Verkehrslage nach
Inkrafttreten des Friedenszustandes festgelegt werden soll.
Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Einreise
aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet auf Grund
eines deutschen Personalausweises gestattet sein wird,
der allerdings das Visum einer der Besatzungsmächte
tragen muß. Von einer besonderen Einreiseerlaubnis
wurde demnach nicht mehr die Rede sein.

Wie wir erfahren, ist als Besatzungstruppe des
französischen Gebietes der besetzten Zone die 10. Armee
in Aussicht genommen worden, so daß die 4. und die
8. Armee in dem von ihnen bisher besetzten Gebieten
bald Truppen der 10. Armee Platz machen werden.
General Mangin bleibt Führer der 10. Armee und Mainz
ist des Oberkommandos.

Zur Friedensfrage.

Die Verkehrserleichterungen.

Das Zivilkommissariat 4 in Frankfurt am Main
teilt über die bevorstehenden Verkehrserleichterungen
zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet mit:
In Frage kommen Verkehrserleichterungen, die schon in
wenigen Tagen in Kraft treten werden und andere
endgültige, die sich nach der Ratifikation des Friedens-
vertrages ergeben. Am 17. Juli fand im Gouverne-
mentsgebäude in Köln unter dem Vorsitz des Geh. Le-
gationsrats v. Edhardt vom Auswärtigen Amt und
des Oberbürgermeisters Wilms, Vorsitzender der Waffen-
stillstandskommission in Düsseldorf, eine Besprechung aller
interessierter Behörden aus dem besetzten Gebiet und
der neutralen Zone statt. Am 20. Juli kamen in Kaisers-
lautern die Vertreter der verschiedenen zuständigen
französischen Behörden zusammen, um sich unter Be-
rücksichtigung eines schriftlich vorliegenden Vorschlags der
deutschen Regierung über die Verkehrsfragen schlüssig
zu machen. Die endgültige Entscheidung über die vor-
stehenden Verkehrserleichterungen soll auf einer zweiten
Zusammenkunft der Franzosen am 24. Juli in Kaisers-
lautern fallen. Außerdem findet am 8. August in Wies-
baden eine Konferenz von Vertretern der Besatzungs-
mächte statt, wahrscheinlich unter Hinzuziehung von
deutschen Vertretern, in der die Verkehrslage nach
Inkrafttreten des Friedenszustandes festgelegt werden soll.
Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Einreise
aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet auf Grund eines
deutschen Personalausweises gestattet sein wird, der
allerdings das Visum einer der Besatzungsmächte tra-
gen muß. Von einer besonderen Einreiseerlaubnis wurde
demnach nicht mehr die Rede.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Die deutsche Regierung hat erneut den Ministerprä-
sidenten Clemenceau um baldige Mitteilung betr.
die Zusammensetzung und den Zeitpunkt des Zusam-
mentritts der Kommission zur Heimbeziehung der
Kriegsgefangenen ersucht und dabei dar-
auf hingewiesen, daß Clemenceau am 26. Mai d. J.
versprochen habe, die Vertreter der alliierten und asso-
ziierten Mächte würden mit Bereitschaft eine Kom-
mission zu diesem Zwecke einsetzen, sobald der Friede
unterzeichnet sei. Der Friede sei unterzeichnet und be-
reits von Deutschland ratifiziert, aber immer noch warte
die deutsche Regierung vergeblich auf die Bildung der
erwähnten Kommission.

Aus der französischen Kammer.

Der Abg. Franklin-Bouillon, Vorsitzender des
Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Kam-
mer, brachte im Friedensauschuß der französischen Kam-
mer einen Antrag ein, die Regierung aufzufordern, alle
Protokolle der Friedenskonferenz vorzulegen, und die
Ratifizierung des Friedensvertrages zu ver-
weigern, wenn der Ausschuß nicht Kenntnis von
allen Akten erhalten, die notwendig sei, um die Friede-
nsklauseln und die Verhandlungen der Regierung zu
beurteilen.

Aus dem englischen Unterhause.

Der Friedensvertrag wurde im englischen
Unterhaus in allen Lesungen, nachdem die irischen
Nationalisten als Protest gegenüber der Haltung der
Regierung in der irischen Frage Abstimmung verlangt
hatten, mit 164 gegen 4 Stimmen angenommen.
Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vor-
lage wurde in sämtlichen Lesungen einstimmig an-
genommen.

Die Bedingungen für Oesterreich.

Die militärischen Bestimmungen in
dem überreichten Vertrag verpflichten Deutsch-Oesterreich
zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zur
Bildung eines Berufsheeres auf Grund freiwilliger Ver-
pflichtungen mit dem Höchststand von 30 000 Mann, ein-
schließlich Offiziere und Felds. Innerhalb dieses Höchst-
standes wird eine gewisse Freiheit der Organisation zu-
gestanden, indem Zahl und Art der höheren Einheiten
nicht vorgeschrieben, sondern nur deren Zusammense-
zung vorgeschrieben wird. Die Höchstzahl der Offiziere
wird auf 1500, die der Unteroffiziere auf 2000 festge-
setzt. Die Dienstzeit soll 20 Jahre für Offiziere und
12 Jahre für Unteroffiziere betragen. Die Herabsetzung
der deutsch-österreichischen Streitkräfte soll binnen drei
Monaten nach der Unterzeichnung des Vertrags durch-
geführt sein. Innerhalb dieser Frist soll auch alles
überflüssige Kriegsmaterial abgeliefert und die Fabrik-
ation von solchen Materials auf eine staatliche Fabrik be-
schränkt sein. Im einzelnen halten die militärischen Be-
stimmungen jährlich Einschränkungen, wie der Deutsch-
land auferlegte Verträge.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 21. Juli.

Am Regierungstisch: Dr. Preuß, Schulz u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um
3.20 Uhr. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf zur Ab-
änderung des Gesetzes über die Regelung der Arbeit
in der Wirtschaft vom 23. Mai 1919.

Die zweite Beratung des Verfassungsent-
wurfs wird bei dem fünften Abschnitt der Grund-
rechte „Das Wirtschaftsleben“, Artikel 148 bis 162,
fortgesetzt.

Artikel 148 wird in der Fassung des Ausschusses
angenommen.

Artikel 150 gewährt dem Eigentümer. Enteigne-
r kann nur zum Wohle der Gesamtheit und auf gesetz-
licher Grundlage gegen angemessene Entschädigung wer-
den. Der Gebrauch des Eigentums soll zugleich Dienst
für das gemeine Beste sein.

Dazu liegt ein Antrag Heinze (D. Vp.) vor.
bei Festsetzung der Höhe der Entschädigungsumme den
Rechtsweg offen zu halten, und ein Antrag Dr.
Behrle (Zentrum), daß Enteignungen gegenüber
Ländern, Gemeinden und Verbänden nur gegen Ent-
schädigung vorgenommen werden können.

Der Artikel 150 wird unter Ablehnung des An-
trages Heinze und Annahme des Antrages Behrle an-
genommen. Artikel 151: Gewährleistung des Erbrechts
wird angenommen.

Nach Artikel 152 soll die Verteilung und Nutzung
des Bodens jedem Deutschen, besonders linderreichen
Familien Wohn- und wirtschaftliche Heimstätten sichern,
unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsheimkehrer.
Grundbesitz kann zur Befriedigung des Wohnungsbe-
dürfnisses, zur Förderung der Siedelung und Urbar-
machung oder zur Hebung der Landwirtschaft enteignet
werden. Die Fideikommissionen sind aufzulösen.
Die Bodenbearbeitung ist Pflicht des Grundbesitzers. Die
Verwertung des Bodens, die ohne eine Arbeit oder
Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, ist der
Gesamtheit zuzuführen. Alle Bodenschätze und Natur-
kräfte sind zu sagen „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte“.

Ein Antrag der Deutschnationalen Arnstadt
und Gen. will die Auflösung der Fideikommissionen strei-
chen und die Verfertigung des Bodens ohne Arbeit
und Kapitalaufwendung durch Besteuerung für die Ge-
samtheit nutzbar machen.

Ein Antrag der Demokraten Hartmann und
Genossen will statt „der Gesamtheit zuzuführen“ sagen
„für die Gesamtheit nutzbar zu machen“.

Abg. Waldein (Dem.) beantragt statt „Na-
turkräfte“ zu sagen „wirtschaftlich nutzbare Naturkräfte“.

Die Sozialdemokraten Auer und Genossen bean-
tragen „all Bodenschätze und Naturkräfte sind dem Ge-
meineigentum zuzuführen. Private Regale und Nutz-
ungsrechte sind aufgehoben“.

Ueber die Anträge wird morgen namentlich abge-
stimmt.

Die nächsten Artikel 153 (Bergesellschaftung), 154
(Schutz der Arbeitskraft und einzelne Arbeitsrecht), 155
(Schutz der geistigen Arbeit), 156 (Bereitigungs-
freiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und
Wirtschaftsbedingungen), 157 (Sicherung der freien Zeit
zur Wahrnehmung sozialbürgerlicher Rechte), 158 (Ar-
beitsversicherungsweisen), 159 (zwischenstaatliche Rege-
lung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter), 160 (Arbeits-
pflicht und Arbeitsrecht) und 116 (Schutz des Mittel-
standes gegen Überlastung — dieses Wort wurde an
Stelle des Wortes „Ausbeutung“ gewählt und Anfügung
wurde ohne wesentliche Aussprache und Änderung
angenommen).

Das Haus wandte sich sodann der Beratung des
Art. 162 zu, der die Verankerung des Arbeitsrechts
in der Verfassung birgt.

Die Abg. Kaufmann (Dem.) und Genossen
beantragen, daß die Reichsregierung, auch wenn sie den
vom Reichswirtschaftsrat beantragten Gesetzesvorlagen
nicht zustimmt, diese trotzdem unter Darlegung ihres
Standpunktes beim Reichstag einzubringen hat. Ein An-
trag Schneider (Zentrum) Kaufmann (Dem.) will neben
den Reichstagsmitgliedern auch die Angehörigen der
Landwirtschaft, die wichtigsten Berufsgruppen, son-
dern „alle wichtigen Berufsgruppen“ in den Wirtschafts-
räten sein sollen. Die Abgeordneten Arnstadt (Zent.)
und Genossen beantragen an Stelle des Entwurfs die
Errichtung eines nach allgemeinen Verhältnissen ge-
bildeten Wirtschaftsrates als öffentlich-rechtliche Vertre-

tung des gesamten Wirtschaftslebens. Die Unabhängigen Frau Agnes und Genossen beantragen die Wahl von Betriebsräten durch die Arbeiter und Angestellten, die an der Leitung der Betriebe entscheidend mitwirken und die Sozialisierung fördern sollen. Die Arbeiterräte sollen die Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde beaufsichtigen und haben das Recht des entscheidenden Einspruchs gegen gesetzliche Maßnahmen.

Die Abstimmung über die Anträge wurde um 11 Uhr abends auf morgen verlagert.

Die morgige Sitzung, die um 10.50 Uhr beginnt, wird die nach ausstehenden Teile der Verfassung, insbesondere den Länderartikel 18, noch aufarbeiten, damit morgen die zweite Lesung der Verfassung beendet wird.

Der Antrag der Unabhängigen wird mit 122 gegen 117 Stimmen angenommen, was die Linke mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Zu Artikel 167 (Übernahme der Post- und Telegraphenverwaltung auf das Reich) und zu Artikel 168 (Übernahme der Staatsbahnen und Wasserstraßen) will ein gemeinsamer Antrag der Deutschnationalen, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten bei mangelnder Verständigung die sämtlichen Übernahmeverordnungen durch den Staatsgerichtshof entscheiden lassen.

Die Artikel 167 und 178 werden nach dem gemeinsamen Antrag angenommen.

Auf Antrag Koch-Rassel (Dem.) wird der Artikel 168 auch auf die Seezeichen erstreckt. Ein deutsch-nationaler Antrag, wonach die Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen kann, daß der Schwörende auch unter Begleitung der religiösen Eidesformel erklärt: „Ich schwöre!“ wird angenommen.

Artikel 170 (Aufhebung der alten Verfassung) wird mit unvesentlichen Veränderungen angenommen.

Auf Antrag Haase wird ein Artikel 171a, wonach die Aufhebung der Orden und Ehrenzeichen und der Kriegsabzeichen auf die der Jahre 1914-1918 nicht angewendet werden soll, angenommen.

Artikel 172 bestimmt, daß bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages die Nationalversammlung als Reichstag gilt, und daß der bisherige Reichspräsident bis zur endgültigen Wahl eines Nachfolgers Reichspräsident bleibt. Der Artikel wird in der Ausschussfassung angenommen.

Der Schlusssatz Artikel 173 gelangt ohne Aussprache zur Annahme. Die im Ausschuss beantragte Entschiedenheit, die Reichsregierung möge eine Reichsverteilungsstelle einrichten und ferner die Frage prüfen, ob und inwieweit die kleinen Staaten unter einer Million Einwohnern befreit werden können, und daß endlich mit größter Beschleunigung ein Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz einzuführen sei, werden angenommen.

Der Präsident spricht zum Abschluß des Wertes dem Ausschuss und dem Hause den herzlichsten Dank aus.

Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß 1/8 Uhr.

Weimar, 22. Juli.

Am Regierungstisch: David, Preuß, Schilde. — Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten.

Die zweite Beratung der Verfassungsentwürfe wird mit dem Artikel 18, Territorialgliederung des Reichs, fortgesetzt, zu dem der Kompromissantrag Löbe (Soz.), Trimborn (Ztr.), Sethe (Dem.) vorliegt. Nach diesem Antrag bedürfen Gebietsänderungen oder Neubildungen von Ländern innerhalb des Reichs der Zustimmung der beteiligten Länder und der Befürwortung durch Reichsgesetz. Stimmen die Länder nicht zu, so kann eine Neubildung durch Reichsgesetz (Ausschussbeschluss: verfassungänderndes Reichsgesetz) erfolgen, wenn die Bevölkerung sie selbst

will und ein überwiegendes Allgemeininteresse besteht. Die Abstimmung der Bevölkerung erfolgt, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten des abzutrennenden Gebiets es verlangt (Ausschussbeschluss: wenn ein Viertel der Wahlberechtigten oder die politischen oder die kommunalen Vertretungen eines Viertels der beteiligten Bevölkerung es verlangen). Zum Beschluß einer Gebietsänderung sind mindestens drei Fünftel der Stimmen aller Wahlberechtigten erforderlich. Bei Abtrennung von Bezirken ist der Volkswille des ganzen Bezirks festzustellen. Ein Streit über die Vermögensauseinandersetzung wird durch den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschieden. Der Kompromissantrag will ferner in die Übergangsbestimmungen einen neuen Artikel 164a aufnehmen, wonach die Bestimmungen des Artikels 18 die für den Fall gelten, daß die Länder nicht zustimmen, erst zwei Jahre nach Verständigung der Reichsverfassung in Kraft treten.

In Verbindung mit Artikel 18 werden die Artikel 62 und 64 Stimmsrecht und Vertretung der Länder im Reichsrat beraten. Nach Artikel 62 hat im Reichsrat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf eine Million Einwohner eine Stimme. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein. Deutsch-Oesterreich erhält nach seinem Anschluß Sitz und Stimme im Reichsrat. Nach Artikel 64 werden die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten, jedoch wird die Hälfte der preussischen Stimmen nach Aufgabe eines Landesgesetzes von den Verwaltungen der preussischen Provinzen gestellt. Zu Artikel 62 beantragen die Sozialdemokraten Auer und Genossen die Abänderung, daß Länder, die weniger als eine Million Einwohner haben, nur dann stimmberechtigt sind, wenn durch Reichsgesetz anerkannt wird, daß überwiegend wirtschaftliche Gründe eine besondere Vertretung erfordern. Zu Artikel 64 beantragen die Unabhängigen Sozialdemokraten, Frau Agnes und Genossen, daß die preussischen Stimmen nicht von den Provinzialverwaltungen, sondern von den Provinzialparlamenten, und zwar auf Grund des Reichstagswahlrechts zu bestellen sind. Die Abgeordneten Dr. Girsch (Deutsche Sp.) und Genossen beantragen den Zusatz, daß die Stimmen einheitlich für jedes Land abzugeben sind.

Nach lebhafter Debatte wird unter Annahme einiger von den Abgeordneten Dr. Luppe und Ludwig (Dem.) beantragter geringer Änderungen der Kompromissantrag Föbe-Trimborn-Sethe zu Artikel 18 in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 71 Stimmen bei 16 Stimmenthaltnungen angenommen.

Artikel 62 wird in der Ausschussfassung mit einem vom Abgeordneten Dr. Luppe (Dem.) beantragten Zusatz angenommen, wonach das Stimmenverhältnis im Reichsrat jeweils entsprechend der Volkszählung neu geregelt werden soll.

Artikel 64 wird unter Ablehnung aller Anträge unverändert in der Ausschussfassung angenommen.

Ebenso wird der Artikel 164a genehmigt. Das Haus nimmt nunmehr die gestern ausgesetzte Abstimmung über den Artikel 162 (Karteartikels) vor, in der sämtliche Änderungsanträge abgelehnt werden bis auf den Antrag Delius, der im Reichswirtschaftsrat und in den Bezirkswirtschaftsräten nicht die wichtigsten Berufsgruppen, sondern alle wichtigen Berufsgruppen vertreten sehen will. Mit dieser Änderung wird der Artikel 162 in der Ausschussfassung angenommen.

Zu dem gestern erledigten Artikel 152, Bodennutzung, ist noch rückständig die namentliche Abstimmung über den Antrag Auer (Soz.), der die Aufhebung der privaten Regale und Nutzungsrechte verlangt. Sie ergibt die Annahme des Antrags mit 132 gegen 118 Stimmen.

Die Sitzung wird abgebrochen. Weiterberatung 4 Uhr: Übergangs- und Schlussbestimmungen.

kampf gekommen. Der Graf hatte den Anbeter auf den Tod verwundet und wollte seine Gemahlin verstoßen. Von Reue gefoltert, hatte jedoch die Kammerfrau im letzten Moment der Wahrheit die Ehre gegeben, und die Gatten hatten sich versöhnt.

Als Graf Rainer zu Ende war, sagte Gräfin Gerlinde lächelnd, Henning scharf beobachtend: „Diese Gedächtnisflucht zum Glück friedlicher aus, als die des Othello und der Desdemona. Sonst ist sie ähnlich, nur spielte hier ein Gürtelband die Rolle des ominösen Taschentuchs.“

Graf Hennings Stirn rötete sich und verstoßen preßte sich seine Hand auf seine Brust, wo Jostas Taschentuch verborgen lag.

„Wie kann man nur die Treue oder Untreue eines Menschen mit so zufälligen Dingen begründen wollen. Uebrigens fällt mir dabei ein, daß mir mein sehr kostbares Braut-Taschentuch an meinem Hochzeitstage verloren ging. Meine Jungfer hat alles durchsucht, und Papa hat auch nachher noch das ganze Haus durchsuchen lassen. Es blieb aber verschwunden. Es hat mir sehr leid getan, denn ich bekam es von Rainer geschenkt, sagte Josta.“

„Wie gut, daß sich daraus nicht auch ein Drama entwickelte“, scherzte Gerlinde mit funkelnden Augen. Graf Henning blätterte sehr eifrig in einem dicken, in Leder gebundenem Buche und suchte sehr unbefangenen auszusehen.

Josta lachte harmlos.

„Ich habe es Rainer gleich beigegeben, daß ich es verloren hatte. Hätte das Desdemona auch getan, wäre kein Drama daraus geworden. Uebrigens hat mir Rainer sofort als Ersatz ein ganz gleiches Tuch geschenkt.“

Hier unterbrach Graf Henning das Gespräch, indem er neues interessantes Kapital aus ein der Chronik vorlas.

Der Urlaub des Grafen Henning war schon zu zwei Dritteln abgelaufen. Je länger er in Jostas Gesellschaft weilte, je heißer und tiefer wurde seine Liebe. Er hätte nicht mehr von ihrer Seite weichen mögen. Und langsam wich die friedliche Ruhe wieder

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

—* Durch eine Verfügung des Reichspräsidenten vom 21. Juli ist Reichsminister Dr. Bell unter Ernennung zum Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahn mit der Leitung der Vorarbeiten für die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich und mit der Bildung eines Reichsverkehrsministeriums betraut worden. Zwei dieser neuen Verkehrsministerien ist die Zentralisierung des Verkehrs. Seine Hauptaufgaben bestehen neben der Liquidierung der eisenbahnspezifischen Eisenbahn und der Erledigung der dem bisherigen Reichseisenbahnministerium obliegenden Arbeiten hauptsächlich in der Ueberleitung der bisherigen Staatsbahnen und Eisenbahnen auf das Reich bis zu den in der Verfassung vorgesehenen Zeitpunkten. Dazu werden ihm auch die Aufgaben auf dem Gebiete des Luft- und Kraftwagenverkehrs überwiesen.

Allerlei Nachrichten.

Statt Völkerveröhnung Bruderkampf.

So überschreibt der „Vorwärts“ eine den Verlauf des 21. Juli zusammenfassende Betrachtung. Er sagt: Ein Weg der Hoffnung sollte der 21. Juli sein. Ein Zeichen der wiedererwachenden Versöhnung und der Verständigungswillen unter den Menschen, und was ist er geworden? Ein blutiger, leidenschaftlicher Kampf der Arbeiterklasse untereinander, ein hagerfüllter Bruderstreit, ein Draufloschlagen in der brutalsten Form. Die Versammlungen der Berliner Bürgerschaft haben noch nie diesen Tiefstand erreicht. Besser wäre es gewesen, man wäre zu Hause geblieben, als daß man sich vor der Welt mit dieser Schande belastete. — Unter der Ueberschrift: Der sinnlose Streik am Montag wird in der „Volkszeitung“ gesagt: Die Engländer waren der Parole von vornherein nicht gefolgt. Die Franzosen sagten den Streik im letzten Augenblick ab, indem sie Deutschland seinen Streik haben, und wie begonnen, so hat er geendet; eine Kauferei wie bei der oberrheinischen Kirchweih. Dafür mußten Kranke verschmachten, Sterbende dahinsiechen, Krüppel und Arme, die das teure Fahrgeld nicht erschwingen konnten, mußten sich hinschleppen.

Der Weltstreik.

Der „Neuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt zu dem Streik in Berlin: Soweit hier ein Sympathiestreik vorliegt, so wird gestreikt für die Tatsache, daß der Feind an der Arbeit bleibt; soweit es jedoch ein Demonstrationstreik ist, so demonstriert er, daß die Berliner mit ihren internationalen Absichten allein stehen und daß die Sympathie, die sie für die französischen englischen usw. Vorkämpfer empfinden, keineswegs erwidert wird. — Das Organ der niederländischen Sozialisten „Het Volk“ stellt fest, wie in England, Frankreich und Italien, so auch in Holland der für diesen Tag anberaumte allgemeine Streik ein Fehlschlag sei.

Die Folgen der Streikwut.

Die traurigen Folgen des Kohlenmangels machen sich bereits bemerkbar. Die große Aktien-Gesellschaft von Julius Barmann in Berlin ist gezwungen, den Betrieb wegen Kohlenmangels und Blechmangels einzustellen. Einzelne Abteilungen wurden schon stillgelegt, etwa 150 Beamte wurden entlassen, da die betreffenden Abteilungen liquidiert werden. Schuld daran waren die Streiks auf den Rechen und den Eisenbahnen. Die Eisenbahnen haben keinen Kohlen und können ebenfalls keine Bleche herstellen. Bei den Firmen Borsig und Schwarzloß liegen die Verhältnisse ähnlich. Hier sind es wieder Arbeiterschwierigkeiten, die den Betrieb bedrohen.

aus seinem Herzen. Je näher der Termin seiner Abreise rückte, je unruhiger wurde er wieder.

Er wurde ungleichmäßig in seinem Wesen. Manchmal war er übermütig, voll lustiger Einfälle, dann aber wieder still und in sich gekehrt. Sprach man ihn dann an, so zuckte er nervös zusammen und starrte erschrocken vor sich hin.

Es kamen Stunden, in denen heiße Wünsche über ihn Gewalt bekamen. Dann floh er Jostas Nähe, er Stundenlang in toller Hast über Wiesen und Felder oder verschloß sich in seinem Zimmer.

Josta merkte nicht viel davon. Sie war zu unbefangenen und schalt ihn höchstens einmal lächelnd aus wegen seiner „nerösen“ Ruhelosigkeit, wofür sie sein Wesen hielt. Sie allein ahnte nicht, was ihn so ungleich machte.

Gräfin Gerlinde aber belauerte sein Wesen mit heimlichem Frohlocken. Graf Rainer entging gleichfalls nichts. Mit großer Angst und Unruhe beobachtete er seine Frau und seinen Bruder. Er vermochte es kaum noch über sich, ein ruhiges Gesicht zu zeigen. Und doch tat er nichts, trennend zwischen seinen Brüdern und Josta zu treten. Was kommen mußte, kam, gleichviel, ob er sich dagegen wehrte, oder nicht. So dachte er.

In diese quälende Stimmung hinein, die nur Gräfin Gerlinde innerlich befriedigte, kam eines Morgens ein Telegramm von Frau von Septh. Sie meldete, daß der Minister plötzlich sehr schwer erkrankt sei. Er hatte zwar schon einige Tage unter den Folgen einer Erkältung gelitten, hatte diese jedoch nicht beachtet und auch in seinen Briefen an Josta kein Wort davon erwähnt, um sie nicht zu beunruhigen. Aber nun war plötzlich eine schwere Lungenentzündung ausgebrochen. Die herbeigerufenen Ärzte waren in großer Besorgnis und verlangten die Anwesenheit der Gräfin Josta. Erschrocken vernahm Josta diese Nachricht. Sie sprang auf und sagte nach dem Arm ihres Gatten instinktiv flüchtete sie in ihrer Sorge zuerst zu ihm.

Mit blassem Gesicht sah sie zu ihm hernieder.

„Ich muß sofort zu Paa, Rainer. Er ist so eigensinnig, wenn er krank ist, und hört auf niemand, als auf mich. — Wann kann ich reisen?“

(Fortsetzung folgt.)

Note Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

81)

Nachdruck verboten.

Gräfin Gerlinde beobachtete Josta und Henning scharf, und daß diese so viel bei einander waren und einander zu suchen schienen, erfüllte sie mit heimlicher Freude. Gewissenhaft kontrollierte sie das Geheimfach in Jostas Schreibtisch. Ihr Verlangen nach einem Einblick in Jostas Tagebuch war immer stärker. Sie meinte, alles würde sich nach ihrem Wunsche regeln lassen, wenn sie nur einmal dies Tagebuch lesen könne. Aber sie fand das Geheimfach immer wieder leer oder mit gleichgültigen Dingen angefüllt. Aber sie hatte Josta noch zweimal belauscht, wie sie mit glühenden Wangen über ihr Tagebuch gebeugt saß und ihrer Feder entschieden erregte Dinge entfloßen.

Mit großer Routine wußte sie es einzurichten, daß es Henning und Josta nicht an ungestörten Stunden fehlte. Wenn sie wußte, daß Graf Rainer nicht zu Hause war, dann blieb sie dem Schlosse möglichst fern oder schlich laufend von einem Zimmer zum andern.

Einige Male belauschte sie die beiden jungen Menschen in der Bibliothek. Sie schlich sich dann oben über die Galerie und verbarg sich hinter einem hohen Büchergestell. Aber wohl hörte sie, daß Henning und Josta herzliche und entweder heitere oder ernste Gespräche führten, jedoch nie, daß eines dieser Worte anzufechten gewesen wäre. Dafür sah sie aber, daß Hennings Augen immer heißer aufflamten, wenn er Josta anblinzelte.

Eines Abends saßen die Brüder mit den beiden Damen in der Bibliothek. Man hatte in allen Chroniken nach einer alten Familiengeschichte gesucht. Als man sie gefunden, las sie Graf Rainer mit seiner warmen wohlklingenden Stimme vor.

Eine Ahnfrau der Rambergs war fälschlicherweise der Untreue gegen ihren Gatten angeklagt worden, weil ihre Kammerfrau ein ihr gehöriges Gürtelband einem Anbeter der Gräfin überlassen hatte. Dieses Gürtelband hatte ihr Gemahl in den Händen des Anbeters gefunden, und es war zu einem blutigen Zwei-

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Verkehrsfrage gestaltete sich in der letzten Woche bedeutend schwieriger, als an den vorausgegangenen Tagen. Die Wagengestellung betrug im Tagesdurchschnitt nur 15 000 Tonnen, die Zahl der nichtgekauften Wagen dagegen 5200 Tonnen. Am 19. Juli liefen sogar über 8000 bei einer Gefestigung von rund 15 000 Wagen. Die Folge ist, daß Tag für Tag erhebliche Mengen der Förderung auf Lager genommen werden müssen, obwohl einige Zechen, die günstiger zu den Zulaufgebieten liegen, noch täglich vom Lager verladen. Die Gesamthalbdenbestände im Ruhrrevier nahmen in der Zeit vom 5. bis 12. Juli um 15 000 Tonnen zu. Sie betragen am 12. Juli rund 395 000 Tonnen. Abgesehen von den Versandschwierigkeiten, machen sich auch im eigentlichen Zechenbetrieb nachteilige Störungen der unzureichenden und unregelmäßigen Wagengestellung immer mehr bemerkbar, zumal auf den Anlagen, die infolge des Platzmangels nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten stützen können. Der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen kam über die in vorausgegangener Woche erzielte durchschnittliche Wertleistung von 11 400 Tonnen nicht hinaus. Dagegen konnte die Leistung der Kanalarbeiten auf etwa 28 000 Tonnen verhältnismäßig gesteigert werden.

Aufhebung des Standrechts in Bayern.

Laut „Berliner Tageblatt“ wird das Standrecht in Bayern mit Wirkung ab 1. August durch amtliche Verfügung aufgehoben, aber der am 31. Juli 1914 über Bayern verhängte Kriegszustand wird vorläufig aufrechterhalten. An die Stelle des Standrechts treten ab 1. August die durch ein neues Gesetz errichteten Kriegsverordnungen bei inneren Unruhen. — Vor dem Standgericht hat sich am Mittwoch der frühere Präsident des bayerischen Zentralwirtschaftsrates Dr. Otto Neutath wegen Verstoßes zum Hochverrat zur Zeit der Münchener Republik zu verantworten; am Donnerstag erscheint der russische Kommunist Alexod vor dem Standgericht.

Von der deutschen Schifffahrt.

Nach einer Mitteilung der Telegraph Company soll die Hamburg-Amerika-Linie Vorbereitungen treffen, zur Wiederaufnahme eines unmittelbaren Schiffsverkehrs zwischen Hamburg und den wichtigsten amerikanischen Häfen. Diese eigentlich selbstverständliche Tatsache, daß unsere Reedereien Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des Verkehrs treffen, ist natürlich nicht so zu verstehen, als ob schon ein bestimmter Zeitpunkt hierfür feststehe. Die Hauptfrage der Reedereien besteht darin, in den Besitz von Schiffen zu kommen. Wenn auch die Geldfrage möglicherweise keine unüberwindlichen Hindernisse bereiten wird, weil ja die Reedereien gute Charter für ihre anderweitig benutzten Schiffe vereinbaren haben und jedenfalls auch für die Entlohnung ihrer Dampfer schadlos gehalten werden, so ist doch damit allein die Grundfrage nach dem Erwerb von Dampfern noch nicht gelöst. Hierüber wird mit den Besten oder mit neutralen Schiffseignern verhandelt.

Kleine Meldungen.

Maniz. Wie verlautet, ist als Besatzungsgruppe der französischen Gebiete der besetzten Zone die 10. Armee in Aussicht genommen worden, so daß die 1. und die 8. Armee in den von ihnen bisher besetzten Gebieten sehr bald Truppen der 10. Armee Platz machen werden. General Mangin bleibt Führer der 10. Armee und Maniz Sitz des Oberkommandos. Berlin. Nach einer Meldung der „Post“ haben die Polen die tschechische Demarkationslinie überschritten und Teile Lianens besetzt, deren Bevölkerung angeblich die Vereinigung mit Polen verlangt. Berlin. Wie der „Berl. Lokalanz.“ berichtet, ist für die bevorstehende Bischofskonferenz in Lubau ein Antrag eingebracht worden, gegen die Auslieferung von Mitgliedern des Kaiserhauses an die Alliierten entschieden zu protestieren.

Berlin. Laut „Vorwärts“ berichtet die „Times“ vom umfangreichen Streik in den Vereinigten Staaten. In New-York lägen 500 Dampfer fest. Die Heizer verlangen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent. Die Zahl der Ausländischen steigt ständig. Berlin. Der demokratische Parteitag wählte den Abgeordneten Friedrich Raumann zum ersten Vorsitzenden.

Berlin. Der dänische Minister Hanssen sagte in einer Rede, daß Dänemark nicht beabsichtige, die Beamten des abzutretenden Gebietes weiter zu bezahlen, sondern sie werde sie einschließlich der Lehrer zum dem besetzten Gebiet ausweisen.

Verfaillies Staatssekretär Dr. Renner wird am Sonntag wieder in Paris eintreffen. Vor seiner Abreise erklärte er einem Vertreter der Radio-Agentur, der Vertrag sei unannehmbar. Deutschland behandle man hart, die Österreicher aber würden doppelt und dreifach getroffen. Deutsch-Österreich verliere zwei Fünftel seiner Bevölkerung und in wirtschaftlicher Beziehung acht Neuntel seiner Erwerbsquellen. Amsterdam. Das Pressbüro „Radio“ meldet aus New-York: Das zionistische Organ von Amerika teilt mit, daß 1½ bis 2 Millionen Israeliten aus allen Teilen der Welt nach Palästina gehen werden. Man erwartet, daß eine Million allein aus Rußland kommt.

Amsterdam. Laut „Allgemein Handelsblad“ ist die Pferdeausfuhr aus den Niederlanden nach Deutschland wieder gestattet.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 24. Juli 1919.

Die am Samstag stattgefundenen Versammlung des Gesangsvereins „Sängerkreis“ war gut besucht. Aus dem Bericht des Vorstandes ist folgendes hervorzuheben: Die Zahl der Mitglieder beträgt 85 aktive und 110 inaktive. Von den letzten haben 10 in Aussicht gestellt, im Herbst wieder in die Reihen der aktiven Mitglieder einzutreten. Im letzten Quartal sind 58 Mitglieder neu eingetreten. Die durchschnittliche Besucherzahl der Gesangsproben betrug 70; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß viele aktive Mitglieder Wechselschicht haben und den Proben fernbleiben können. Der Vorsitzende ermahnte die Sänger, im be-

sonderen die jüngeren, zur regelmäßigen Teilnahme an den Proben, damit der Fortschritt des Vereins ein noch größerer werden möge. Nach dem Kassenbericht betrugen die Einnahmen des letzten Vierteljahres M. 498,54, die Ausgaben M. 402.—, wonach ein Kassenbestand von M. 96,54 zu verzeichnen ist. Der Wert des Inventars bestehend aus Fahne, Vereinsstühle, Noten und errungenen Preisen beträgt nach Friedenspreis berechnet M. 3786,85. Beschlossen wurde, beim Tode eines Mitgliedes oder dessen Ehefrau einen Beitrag von 50 Pfg. zu erheben, und fernerhin beim Begräbnis eines männlichen Mitgliedes am Grabe zu singen. Folgende erfreuliche Mitteilung machte der Vereinswirt. Nachdem der Verein so stark gewachsen sei, fühle er sich veranlaßt, einen Erweiterungsbau vorzunehmen, der baldigst fertiggestellt werden soll. Nach den Ausführungen des Vereinswirtes wird der Anbau so groß werden, daß auch kleine Veranstaltungen und familiäre Feiern darin abgehalten werden können. Zum Schluß wurde noch beschlossen, an einem noch näher zu bestimmenden Sonntage einen Familienausflug nach dem Rheingau und zwar nach Oestrich-Winkel zu unternehmen.

Die am vergangenen Sonntag vom Fußballklub 1908 hier veranstalteten olympischen Spiele nahmen einen recht interessanten Verlauf. Wir bringen nachstehend das Ergebnis in den einzelnen Wettkämpfen:

Staffette rund um den Hofen 12 Mann 2400 Meter

- | | |
|---|------------------|
| I. Preis Sport-Kl. Borussia Rüffelsheim | 8 Min. 24,5 Sek. |
| II. „ Sportverein 1909 Försheim | 8 „ 25,5 „ |
| III. „ Fußball-Verein Bingen | 8 „ 55,8 „ |
| IV. „ „ Biedrich | 9 „ 16,6 „ |

1000 Meter Staffette 10 Mann a 100 Meter

- | | |
|---------------------------------------|-----------------|
| I. Preis Sp.-Kl. Borussia Rüffelsheim | 2 Min. 9,8 Sek. |
| II. „ „ Borussia Rüffelsheim | 2 „ 9,9 „ |
| III. „ Fußball-Verein Nied a. M. | 2 „ 26,2 „ |

400 Meter Staffette 4 Mann a 100 Meter

- | | |
|------------------------------------|-----------|
| I. Preis Fußball-Verein Bingen | 48,4 Sek. |
| II. „ Sp.-Kl. Borussia Rüffelsheim | 49 „ |
| III. „ Fußballverein Nied a. M. | 49,9 „ |

100 Meter Lauf.

- | | |
|--|-----------|
| I. Preis Jos. Christmann F.-V. Bingen | 11,5 Sek. |
| II. „ Zizum Sp.-Kl. Haffsa Rüffelsch. | 12,7 „ |
| III. „ Joseph Alee F.-V. Biedrich 1902 | 13,4 „ |

200 Meter Lauf.

- | | |
|---|-----------|
| I. Preis Jos. Christmann F.-V. Bingen | 24,5 Sek. |
| II. „ Dambmann Haffsa Rüffelsheim | 25,5 „ |
| III. „ Ludwig Diehl Borussia Rüffelsch. | 25,8 „ |

500 Meter Lauf.

- | | |
|--------------------------------------|-----------------|
| I. Preis Adl. Feldmayer F.-V. Bingen | 1 Min. 9,3 Sek. |
| II. „ Otto Pfeiffer „ „ | 1 „ 20,5 „ |

1000 Meter Lauf.

- | | |
|--|-----------------|
| I. Preis Jos. Alee F.-V. Biedrich 1902 | 3 Min. 6,8 Sek. |
| II. „ Joh. Knoblauch Haffsa Rüffelsch. | 3 „ 9,6 „ |
| III. „ Treper „ „ | 3 „ 15 „ |

Dreikampf.

- | | |
|---------------------------------------|-----------|
| I. Preis Jos. Christmann F.-V. Bingen | 15 Punkte |
| II. „ Alex Schall F.-V. Nied a. M. | 14 „ |
| III. „ Adl. Fridmeyer F.-V. Bingen | 10 „ |

Fußballwettkampf.

- | | |
|--|----------|
| I. Preis Kleinschmidt Sportverein Biedrich | 51 Meter |
| II. „ Herrmann „ „ | 49 „ |
| III. „ Karl Zeller F.-V. Biedrich 1902 | 42,40 „ |

Postpaket-Verkehr. Nach Aufhebung der Blockade sind über die Ein- und Ausfuhr im besetzten Rheinland die von der X. Armee bekannt gegebenen neuen Bestimmungen ergangen. Danach sind Ausfuhrgenehmigungen für Waren nach dem unbesetzten Gebiet nur noch in Ausnahmefällen notwendig. Der Postpaketverkehr ist daher in der Hauptsache freigegeben. Gleichwohl kann er noch nicht in dem früheren Umfange wieder aufgenommen werden, weil jene Bestimmungen nur für Versendungen mit der Eisenbahn berechnet sind und es für den Postverkehr noch besonderer technischer Anordnungen der französischen Besatzung bedarf. Alle Pakete aus dem von der X. Armee besetzten Gebiet müssen nach Mainz geleitet und dort zur Kontrolle bereit gehalten werden. Ueber die zweckmäßige und schnellste Form der Kontrolle sowie über die Weiterbeförderung lauweden Verhandlungen. An ihnen sind mehrere französische Instanzen beteiligt. Wenn auch bei deren Entgegenkommen mit der baldigen Lösung aller Schwierigkeiten gerechnet werden kann, so werden die Woiender doch, im eigenen Interesse gebeten, sich noch kurze Zeit zu gedulden und nur die dringenden Pakete auszusenden. Durch Massenauslieferungen wäre sonst in der Uebergangszeit mit Störungen zu rechnen, zu deren Vermeidung der Paketverkehr zeitweise gesperrt werden müßte.

K. A. Die ausländischen Lebensmittel sollen, wie bereits in der Presse mitgeteilt worden ist, durch große Aufwendungen des Reichs, der Freistaaten und der Kommunalverbände von jetzt ab erheblich verbilligt werden. Nunmehr werden diese Lebensmittel auch in dem von der X. Armee besetzten Gebiet zu wesentlichen herabgesetzten Preisen ausgegeben werden, nachdem diese von den zuständigen Behörden genehmigt worden sind. Allerdings werden die Preise nicht ganz so niedrig sein, wie sie von dem Reichsernährungsministerium für das unbesetzte Gebiet vorgeschrieben sind. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Verbilligung sich nur auf die in dem unbesetzten Deutschland zu verteilende geringere Ration bezieht. Bekanntlich ist aber für das besetzte Gebiet seit Monaten eine erheblich höhere Ration festgelegt worden. Für den Unterschied zwischen beiden Rationen muß der

unverbilligte ursprüngliche Preis der Auslandswaren gezahlt werden. Die zuständigen Stellen hoffen aber, daß sich trotzdem demnächst noch eine weitere Senkung der Preise ermöglichen lassen wird.

Was müssen wir heute für Auslandswaren zahlen? Angehts der wieder einsehenden Handelsbeziehungen mit dem Ausland ist eine Gegenüberstellung der Devisenkurse vor und nach dem Krieg besonders interessant und lehrreich. Darnach müssen wir heute für Käufe von den nachstehenden Ländern im Vergleich zur Friedenszeit zahlen: für Käufe in Amerika das 3½fache, für Käufe in Frankreich und Belgien das 2½fache, für Käufe in Italien das Doppelte als vor dem Weltkrieg. Nur durch Steigerung unserer Produktion, erhöhte Arbeit, Ruhe und Ordnung im Lande können wir die Waren verbilligen, umgekehrt nur verfeuern oder erhalten gar nichts.

Getreideernte. Am besten ist in diesem Jahre bis jetzt das Korn geraten, so hört man gegenwärtig mit hoher Befriedigung die Landwirte urteilen. Dabei aber erklären sie einmütig, daß man in Gerste und Hafer heuer eine Fehlernte zu verzeichnen hat. In der Tat bieten die vielen Gerstendächer zur Zeit einen überaus traurigen Anblick. Die Frucht steht meist sehr dünn, und auf vielfach nur fukhohen Halmen zeigen sich schwache Ähren. Ganz ähnlich steht es mit dem Hafer. Nur auf recht gutem, feuchtem Boden ist hier eine schwache Mittelernte, sonst aber eine Fehlernte zu erwarten. Der Strohhauf fällt für die Fütterung schwer ins Gewicht. Ein Glück ist es, daß wenigstens der Roggen neben einem reichen Körnerertrag auch viel Stroh liefert und daß jeht Aleecker und Wiesen unter dem Einfluß des Regens eine gute zweite Ernte erhoffen lassen.

Ausfuhr und Einfuhr. Wie der Wirtschaftsrat Mainz auf Anfrage mitteilt, ist die Ausfuhr frei bis auf folgendes: Waffen, Munition, Kohlen, Gold, Silber, Platin, Edelfein, Farbstoffe aller Art, einige chemische Erzeugnisse, Futtermittel und Werkstoffe. Die Einfuhr ist frei bis auf Waffen und Munition.

Arbeitswillige. Dem Höchsten Kreisblatt wird folgender, sehr bezeichnender Vorfall mitgeteilt: Im Höchster Gaswerk werden eben Kesselreinigungsarbeiten ausgeführt, zu denen der Unternehmer, dem das Gaswerk die Arbeit übertragen hatte, noch einige Arbeiter brauchte. Er wandte sich an den Arbeitsnachweis und dieser sandte ihm sofort zwei Leute zu. Der Unternehmer bot diesen Leuten einen Stundenlohn von 2,20 Mark an, er war auch bereit, 2,50 Mark zu zahlen. Da kam er aber schon an! Der eine der „Arbeitslosen“ (St.) erklärte rundweg, dafür arbeite er nicht, wenn er anfangen sollte, verlange er einen Stundenlohn von 5 (fünf) Mark. Diese übertriebene Forderung lehnte der Unternehmer ab, da er bei einer solchen Lohngewährung noch Geld zulegen müsse. St. verließ die Arbeitsstelle und nahm auch noch den zweiten Mann mit fort. Sie zogen es also vor, weiter für etwa 33 Mark pro Woche „arbeitslos“ zu bleiben, während sie bei Annahme der Arbeit unter Zugrundelegen eines Stundenlohnes von 2,20 Mark und einer achtstündigen Arbeitszeit in der Woche über 100 Mark hätten verdienen können. Aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Sache wurde dem Arbeitsnachweis gemeldet, der daraufhin den beiden „Arbeitslosen“ die Erwerbslosenunterstützung sofort entzog.

Die Zeppelinwerke in Friedrichshafen arbeiten an neuen Venkluftschiffen und Großflugzeugen für die Industrie.

A. K. Um eine Verzögerung oder Stockung in der Auszahlung der Versorgungsbeträge nach Möglichkeit zu vermeiden, wird den Rentenempfängern empfohlen, beim Wechseln ihres Wohnortes die Überweisung ihrer Gehaltsnüsse von einer Postanstalt zur andern nicht, wie es vielfach geschieht, bei dem z. St. überlasteten Pensionsregelungsbehörden, sondern bis auf Weiteres nur bei der bisher zahlenden Postanstalt zu beantragen.

Kleine Chronik.

Eine Windhose hat im ostpreussischen Kreise Niederung großen Schaden angerichtet. So hob die Windhose eine Windmühle bei Groß-Friedrichshof aus den Fundamenten, drehte sie hoch in der Luft mehrere Male in die Runde und zerschmetterte sie vollständig. Große Bäume wurden entwurzelt und verschiedene Häuser abgedeckt. Das Getöse der Windhose war kilometerweit zu hören.

Erwischt. Der seit Monaten gesuchte Räuber und Bandenführer August Gnadenzinski und sein Genosse Spika wurden, wie aus Danzig gemeldet wird, in der Nacht zum 20. Juli durch den Sergeanten Ziegel und einem Mann bei Charlottenhof in der Ruckelberg Heide gefangen. Gnadenzinski wurde dabei schwer verletzt. Nach anderen Meldungen ist er bereits gestorben.

Abgeschürzt. Der englische Flieger Murphy, der mit einem Flugzeug Post von England nach Köln bringen sollte, stürzte infolge Motordefekts bei Wjoje mit seinem Flugzeug in die Nordsee. Er wurde von dem holländischen Dampfer „Agnetta“ aufgefischt und nach Brunsbüttel gebracht. Von neun mitgeführten Poststücken konnten sieben durch den Dampfer geborgen werden. Das Flugzeug ist verloren.

Briefkasten.

Ihre Ratschläge behalten Sie nächstens schön für sich und tun was recht ist, dann kommen Sie auch nicht mehr unschuldig (?) in Verdacht. Sie wissen ja nicht, ob es nicht mit Absicht geschehen ist. Ihre künstliche Entrüstung steht Ihnen nicht gut.

Bermischtes.

Brot aus Baumwolle? Wie aus New-York berichtet wird, frischen die Amerikaner jetzt wieder eine alte Entdeckung auf das „Baumwollbrot“. Bekanntlich gilt es schon lange für ausgemacht, daß die Pueblo-Indianer in Texas Baumwolle und das Wehl der Baumwollfrucht als Nahrungsmittel benutzten. Ein Farmer, namens Traps, hat nun den einsamen, auch wissenschaftlich möglicherweise bedeutungsvollen Versuch unternommen, Baumwollbrot zu backen. Das Brot wurde dann auf seinen Nahrungswert untersucht und die chemische Analyse ergab, daß es so reich an Protein und Fett ist, daß es getrocknet als vollwertiger Ersatz für Fleisch angesprochen werden kann, ja der Nährwert soll doppelt so groß wie der des Fleisches sein. 85-100 Gr. Baumwollmehl viel ergiebiger als das Wehl des Getreides. Aber — die Geschichte hat doch noch einen Haken. Baumwollmehl ist nämlich manchmal ein klein wenig giftig; also muß man sein Brot immer erst ins chemische Laboratorium tragen, ehe man es verpeißt.

Was ein amerikanischer Filmstern verdient. Bei uns in Deutschland soll es hin und wieder vorkommen, daß ein Filmstern mehr als ein Minister-Gehalt bezieht. Bei zwei oder drei besonders bekannten Damen erzählt man sich von 100.000 Mark Jahreseinkommen. Wie klein nehmen sich jedoch unsere Verhältnisse gegenüber den Gehältern aus, die Amerika auf diesem Gebiet bewilligt. Wie aus New-York berichtet wird, hat die gefeierte amerikanische Kinokönigin Mary Pickford mit einer Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der ihr ein Jahreseinkommen von ein Drittel Mill. Dollars sichert. Das ist, zum Friedenskurs umgerechnet, über eine Million Mark.

Feldwirtschaft.

Bilge und bequem zu erzielende Futtermittel.

(Nachdruck verboten.)

In diesen schweren Zeiten müssen wir selbstverständlich den Futtermitteln für unsere Haustiere ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Da sollte wirklich jedes unbenuzte Fleckchen Erde, jedes leere Winkelfeld bebaut werden, um etwas Zuwachs zu dem Futtermaterial unserer Tiere zu erhalten. Daß die in Kultur stehenden Felder ganz besondere Sorgfalt bedürfen, ist ja so selbstverständlich, daß es keiner weiteren Worte bedarf. Aber über die kleinen schlechten Brachwinkeln dürfte mancher anderer Meinung sein. Gewöhnlich sind sie entweder so klein, daß man sie mißachtet, oder der Boden ist so wenig versprechend, daß man keine Mühe an ihn verschwenden möchte. Beides ist in Zeiten wie jetzt nicht maßgebend, um derartige Fleckchen Erde brach liegen zu lassen. Was aber den minderwertigen Boden anbetrifft, so gibt es Pflanzen, die so anspruchslos und dankbar sind, daß sie in jedem Boden gedeihen und uns Nutzen bringen können.

Es lohnt sich wohl bei derartigen Plätzen, wie die oben besprochenen, einen Versuch mit der vorzüglichen Futterpflanze „Comfrey“ zu machen. Jeder, der Vieh besitzt, sollte ein brachliegendes Winkelfeld sein eigen nennen, sollte Comfrey anbauen. Die Pflanze gedeiht in jedem Boden und in jeder Lage. Der Boden bedarf keiner Kultur und die Pflanze selbst keiner weiteren Pflege. Da außerdem das Saatgut sehr billig ist, dürfte diese Pflanze für unsere Zwecke außerordentlich geeignet sein. So werden untaugliche oder brachliegende Fleckchen nutzbringend verwertet ohne Kosten und Mühe. Letzteres ist auch von großem Werte, da es an Arbeitskräften auf dem Lande ja mangelt.

Der Anbau von Comfrey ist sehr einfach. Man legt die Knollen im März in einem Abstand von etwa drei Viertel Meter, wie Kartoffeln, deckt sie mit Erde zu und hat später weiter nichts zu tun, als die ungefähr meterhohen Stengel mit den behaarten dunkelgrünen Blättern abzuschneiden. Je mehr man schneidet, um so üppiger treibt die Pflanze aus. So bildet sie ein billiges und hochwertiges Futter für Rinde und Ziegen. Die Knollen selbst aber ergeben ein wertvolles Mastfutter für die Schweine.

Eine noch viel zu wenig angebaute und für kleine leere Winkel gut zu verwendende Pflanze ist der gemeine Bärenklee, eine vorzügliche Nahrung für unser altzeit hungeriges Hühnervolk. Bärenklee wird, frisch verfüttert, gern genommen und soll günstig auf die Eierproduktion einwirken. Da die Pflanze ergiebig ist, braucht nicht viel angebaute zu werden. Dort aber, wo keine Gerste wachsen kann, gedeiht Bärenklee und Comfrey glänzend.

Viehucht.

Die Beseitigung von Verdauungsstörungen beim Rindvieh. Ein einfaches und sicheres Mittel gegen akute Verdauungsstörungen (Stille Bälle) beim Rindvieh, vorausgesetzt, daß nicht irgendwie Fremdkörper im Magen, sondern Überfütterung die Ursache ist, besteht in folgendem. Etwa 1 Kilogramm Brot werden zu Brosamen zerrieben und sorgfältig geröstet, wie zu einer guten Suppe. Nach dem Erkalten wird das Ganze in einer trockenen „Gelte“ dem kranken Tiere vorgehalten. In vielen Fällen werden die Brosamen gierig gefressen; ist dies nicht der Fall, so werden dieselben handvollweise eingegeben. Dieses Mittel hat selbst in solchen Fällen noch gewirkt, wo trotz tierärztlicher Behandlung keine Besserung eintrat und Notchlachtung unausweichlich erschien. Es ist besonders auch deshalb zu empfehlen, weil das Eingeben leichter und weniger gefährlich vonstattengeht, als beim Einschütten von Flüssigkeiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Am Freitag, den 25., Samstag, den 26. und Montag, den 28. Juli, nachm. von 3-6 Uhr liegen im Sitzungssaal des Rathauses die Fleischlisten zum Zwecke der Umschreibung offen. Alle Fleischverfänger, auch die, die bei ihrem bisherigen Fleischlieferanten bleiben wollen, haben sich bis zu dem vorgenannten Termin zu melden. Versäumte Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Betr. Anstellung von zwei Hilfsfeldhütern.

Die Anstellung von zwei Hilfsfeldhütern ist beschlossen.

Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche sind bis Montag, den 28. d. Mts. auf Zimmer 7 des Rathauses einzureichen.

Bekanntmachung.

Diejenigen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber, welche für das kommende Jahr Selbstversorgung wünschen und zwar sowohl:

a für Brotmehl

b für Herstellung von Suppensen usw.

wollen bezügliche Anträge bis spätestens 28. d. Mts. auf Zimmer 7 des Rathauses stellen.

Spätere Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Verkauf von Margarine.

Freitag, den 25. ds. Mts.

findet auf dem Rathause die Ausgabe von Margarine statt und zwar für den

2. Brotkartenbezirk von 8 bis 9 Uhr
4. " " 9 " 10 "
3. " " 10 " 11 "
1. " " 11 " 12 "

Es werden auf jedes Familienmitglied 110 Gramm Margarine ausgegeben. 110 Gramm Margarine kosten 45 Pfennig. Brotkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen sein. Mischelbrotverfänger sind von der Ausgabe ausgeschlossen. Die Bezirke sind genau einzuhalten und die Beträge abgezählt mitzubringen.

Gleichzeitig wird auch Krankbutter gegen Vorzeigung kreisärztlicher Atteste mit ausgegeben.

Schierstein, den 21. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung

betreffend die Ausfuhr von Heu und Stroh aus dem Landkreis Wiesbaden.

Zufolge Verfügung des Generalstabs der französischen Besatzungsarmee ist die Ausfuhr von Heu und Stroh aus dem Landkreis Wiesbaden verboten. Außerdem ist auch der Verkauf und die Ausfuhr von Heu und Stroh ohne Genehmigung des Kommunalverbandes innerhalb des Kreises bis auf weiteres verboten.

Wiesbaden, den 12. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. W.: Schlitt.

Bekanntmachung

betreffend die Beschlagnahme der Frühkartoffeln im Landkreis Wiesbaden.

Die im Landkreis Wiesbaden angebaute Frühkartoffeln werden für den Kommunalverband Landkreis Wiesbaden hiermit beschlagnahmt. Von der Beschlagnahme sind ausgeschlossen:

1. die für die nächste Bestellung erforderlichen Frühkartoffeln nach Maßgabe der im laufenden Giechjahr zu bestellenden Anbaufläche;
2. die zur Ernährung der eigenen Wirtschaftsangehörigen des Kartoffelerzeugers erforderlichen Frühkartoffeln, und zwar vom 1. August bis 15. September 1919 für den Kopf und Tag 1 Pfund.

Die hiernach für den Kommunalverband verbleibenden, der Beschlagnahme unterworfenen Frühkartoffeln werden vom Kommunalverband durch mit Ausweis versehene Kommissionäre angekauft. Der unmittelbare Verkauf von Frühkartoffeln seitens der Erzeuger an Verbraucher oder an Händler ist strengstens untersagt.

Die Ausfuhr von Frühkartoffeln aus dem Landkreis Wiesbaden ist nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes gestattet.

Als Frühkartoffeln gelten alle in der Zeit vom 1. August bis 15. September geernteten Kartoffeln. Die Abwertung von Frühkartoffeln vor dem 1. August ist nur mit Genehmigung des Kommunalverbandes gestattet.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 1500 Mk. bestraft.

Wiesbaden, den 18. Juli 1919.

Der Landrat.

J. W.: Schlitt.

Bekanntmachung

betreffend die Anmeldung der Kartoffelerntestellen.

Bei Nachprüfung der Fragebogen über die Erntestellenerhebung hat sich in einzelnen Gemeinden des Kreises ergeben, daß eine große Anzahl von Kartoffelanbauern ihre Kartoffelanbaufläche nicht oder nur unvollständig angegeben haben. Ich will vorerst von einer Strafverfolgung der betreffenden Anbauer absehen, erwarte jedoch, daß diejenigen Anbauer von Kartoffeln, die ihre Anbauflächen absichtlich oder versehentlich bei der Ausfüllung des Fragebogens zur Anbau- und Erntestellenerhebung nicht oder nicht richtig angegeben haben, dies nunmehr bestimmt bis zum 31. d. Mts. bei dem Gemeindevorstand nachholen. Sollte sich späterhin bei der Nachprüfung der Kartoffelerntestellen noch herausstellen, daß Anbauer ihrer Anmeldepflicht nicht nachkommen sind, so werde ich unabweislich gegen die Betroffenen das Strafverfahren einleiten.

Wiesbaden, den 18. Juli 1919.

Der Landrat.

J. W.: Schlitt.

Allgemeine Ortskrankenkasse I.

Schierstein a. Rh.

Bekanntmachung.

Gemäß Beschluß des Ausschusses vom 29. Juni ds. Js. und nach erfolgter Genehmigung durch das Oberversicherungsamt treten am 28. Juli ds. Js. folgende Satzungsänderungen in Kraft:

Es werden zwei weitere Lohnstufen, 10 und 11, eingeführt.

Zur Lohnstufe 10 gehören alle Versicherten mit einem täglichen Arbeitsverdienst von 8.51 Mk. bis 9.50 Mk.

Zur Lohnstufe 11 gehören alle Versicherten mit einem täglichen Arbeitsverdienst von 9.51 Mk. und mehr.

Der Grundlohn beträgt: In Lohnstufe 10 = 9.00 Mk.
" " 11 = 10.00 Mk.

Die wöchentlichen Beiträge betragen:

In Lohnstufe 10 = 2.70 Mk.

" " 11 = 3.00 Mk.

Das Krankengeld beträgt 50 Hundertstel des Grundlohns und zwar:

In Lohnstufe 10 = 4.50 Mk. täglich

" " 11 = 5.00 Mk. "

Die Beiträge der Lohnstufen 10 und 11 sind erstmals für die Woche vom 28. Juli bis 2. August zu entrichten.

Schierstein, den 21. Juli 1919.

Der Kassenvorstand.

Von der Reise zurück.

Rudolf Hohn, Dentist.

Schierstein, Wilhelmstraße 17.

Sprechstunden: Montags, Mittwochs und Freitags von 9 bis 12 Uhr.

Spec. Zahnerk. in Gold und Kautschuk.

Bekanntmachung.

Wir teilen unseren Stromabnehmern mit, daß der Betriebsmonteur Paul Haas, Wörthstraße, aus unseren Diensten ausgeschieden ist, und daß der Monteur Karl Helfrich, Mittelstraße 1, die Arbeiten der Erstgenannten übernommen hat.

Bei Störungen, Reparaturen, Erweiterungen usw. bitten wir unsere Abnehmer, sich an unseren Betriebsmonteur Helfrich wenden zu wollen.

Rheingau Elektrizitätswerke A. G.

Das beliebte
Rulmbacher Bier

ist wieder eingelassen.

Restaurant

zum Deutschen Kaiser.

Ein gut erhaltenes

Fahrrad

zu verkaufen.

Wiederacherstraße 17.



Der Hausbursch ruft:
„Jetzt Erdal her!
Sonst putz ich
Keine Stiefel mehr!“

Erdal

schwarz - gelb - braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz.

Brantpaar sucht sofort oder

später

2-3-Zimmerwohnung

mit Küch. Offerte unter

Sch. an die Geschäftsstelle.

Verschiedene gebrauchte

Möbel

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäfts-

stelle.

Ein Paar

Halbschuhe,

Nr. 38, zu verkaufen.

Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Ordnentl. Mädchen

gesucht.

Näheres in der Geschäfts-

stelle.

Wein-Etiketten

in feinsten Ausführung nach

vorliegendem Musterbuch

lieferl.

Druckerei W. Probst